

## TAGUNGEN

### Deutscher Politologentag

Vom 8. bis 10. November 1968 hielt der 1966 gegründete Deutsche Politologen-Verband in Mannheim seine 2. Jahresversammlung ab. „Wie Ihnen bekannt ist“, so steht in der Einladung, „hat die Politologie in Deutschland seit der Begründung der Deutschen Hochschule für Politik durch *Friedrich Naumann* im Jahre 1920 in zunehmendem Maße für die Wissenschaft und die praktische Politik an Bedeutung gewonnen . . . Inzwischen ist die Politologie unbestrittener Bestandteil aller deutschen Universitäten geworden. Viele hundert Diplom-Politologen und Hauptfach-Politologen stehen in der praktischen Tätigkeit. Wenn man die Vielfältigkeit des beruflichen Einsatzes und die dort erbrachten Leistungen analysiert, darf man sagen, daß die Politologie sich in Wissenschaft und Praxis bewährt hat.“ Der Verband sieht es als seine Aufgabe an, „diesen Leistungsstand zu halten bzw. zu verbessern, politologische Erkenntnisse zu verbreiten und die eigene Weiterbildung zu fördern“.

Die Veranstaltung war nicht mit Referaten usw. überladen. Man hatte zwei Wissenschaftler und einen Politiker zu Vorträgen gebeten, man befaßte sich an einem Nachmittag in fünf Seminaren mit Teilgebieten der Politologie. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich auch hier eine Gruppe jugendlicher Opponenten einmischte und den Versuch einer, wie sie es nennen, Umfunktionalisierung der Veranstaltung nach ihrem Programm wagte.

Prof. Dr. *Kurt Sontheimer* vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, streitbarer Verfechter studentischer Mitbestimmung an unseren Universitäten, sprach am ersten Abend über „Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik“; er wollte es jedenfalls. Nur mit einiger Mühe gelang es *Heinz Ufer*, dem 1. Vorsitzenden des Politologen-Verbandes, unterstützt vom Auditorium durch eine

Abstimmung zu erreichen, daß *Sontheimer* seine Ausführungen beenden konnte. In der anschließenden Diskussion wurde mit Recht moniert, daß man nichts erfahren hatte, was nicht bereits in der Tagespresse stand. *Sontheimer* hatte gesagt, daß die NPD Fleisch vom Fleische der westdeutschen Demokratie sei; sie fahre auf den Gleisen, die durch restaurative und konservative Kräfte bei der Entstehung dieses Staates gelegt worden waren. Demokratisches Vokabular, demokratische Techniken würden von links bis rechts gebraucht; dem habe sich auch die NPD gebeugt und sie sei deshalb in ihrem antidemokratischen Denken — jedoch nicht sie allein — schwer oder überhaupt nicht faßbar.

Diese Thesen, eher an eine Öffentlichkeit gerichtet, die mit den Problemen der Umsetzung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse in politische Entscheidungen nicht oder wenig vertraut ist, genügten diesem Gremium nicht. Als die jugendlichen Opponenten auf ihr Drängen nach konkreten Angaben keine befriedigende Antwort erhielten, kündigten sie für die Festveranstaltung am 9. 11. eine „Aktion“ an, zu der in einem Flugblatt folgende Belehrung stand: „Begreift doch, daß Ihr in diesem Festakt den Zustand des sozialen Friedens vorwegnehmt, den Ihr durch Eure Wissenschaft in der Praxis erst schaffen müßt.“

Dieser Festakt gab dann einem Politiker, nämlich *Walter Scheel*, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und 1. Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei, Gelegenheit zu beweisen, daß man mit Freundlichkeit und ohne Besserwisserei die Zügel einer solchen Veranstaltung durchaus in der Hand behalten kann. Es war nicht einmal nötig, politologisch besonders gebildet zu sein um herauszufinden, daß die jungen Störenfriede, die nach Diskussion riefen, nicht zu diskutieren vermochten. *Scheel* ließ sie kommen, er beantwortete ihre Fragen und fragte selbst und am Ende waren sie froh, daß eine Abstimmung ihn ermächtigte, seinen Vortrag über „Die Bedeutung der politologischen Forschung für die praktische Politik“ zu halten. Diese seine liberale Taktik — die einer liberalen Gesin-

nung entspringt — entschärfte die Fronten, an denen sich kurz vorher noch Politologen und jugendliche Opponenten mit Fäusten traktiert hatten.

Man sollte diesen Begebenheiten vielleicht nicht so viel Bedeutung beimessen, aber die Störungen wurden so ungern von einigen Verbandsfunktionären nun auch wieder nicht gesehen; wurde doch durch sie bewiesen, daß die Politologie nicht der eigentliche Hort der jungen Opposition ist, wie ihr oft nachgesagt wird. Es fragt sich wieweit diese Haltung politisch und nicht einfach verbandsegoistisch ist; ob es nicht ebenso wichtig ist, diese jungen Leute zu belehren wie solche, die bis heute nicht gelernt haben, welche Versäumnisse wir an dieser Jugend begangen haben.

Wie schwer es allerdings ist, politische Bildung zu praktizieren, ging aus dem Vortrag von Prof. Dr. *Hartmut von Hentig* hervor, der" — ungestört — über „Neue Modelle zur

politischen Erziehung in den USA" sprach. Die Experimente, die hier weit großzügiger als bei uns finanziell und ideell subventioniert werden und deren Laufzeit ausreicht, um Erfolg oder Mißerfolg klar erkennen zu lassen, werden von Intellektuellen ausgearbeitet und durchgeführt, die im tiefsten über den Zustand der amerikanischen Gesellschaft beunruhigt sind. Sie sind überzeugt, daß von der Erziehung allein eine Änderung dieses Zustands nicht herbeigeführt werden kann — eine Erkenntnis, die für das erziehungsgläubige Amerika fast eine Revolution ist.

Der Deutsche Politologen-Verband ist eine noch junge Organisation und gibt sich daher erfreulich unkonventionell. Möge ihm recht viel davon in den nächsten Jahren erhalten bleiben, damit vielleicht hier ein kleines Modell der Versöhnung zwischen den jungen und älteren Jahrgängen entsteht.

*Anne-Marie Fabian*

### Der Stand der Mitbestimmungsdebatte — Tagung der Evangelischen Akademie Loccum

Die Teilnehmer der Loccum-Tagung (28. bis 31. 10. 1968) waren sich darin einig, daß die Programmplaner der Akademie den richtigen Zeitpunkt für die Mitbestimmungsdebatte gewählt hatten, denn die Mitbestimmung ist, wie *Harald Koch*, ehemaliger Arbeitsschrektor und jetziges Aufsichtsratsmitglied der Hoesch AG, anmerkte, derzeit das gesellschaftspolitische Thema Nummer eins in der Bundesrepublik.

Gleich nach Beginn der Tagung ging es zur Sache: Verfechter und Gegner der paritätischen Mitbestimmung setzten ein Karussell der Argumente und Scheinargumente in Gang.

Professor *Duvernell* von der Dortmunder Sozialakademie, ein entschiedener Befürworter der erweiterten Mitbestimmung, setzte sich mit der Ansicht auseinander, die paritätische Mitbestimmung greife unzulässig in die Verfügungsmacht der Kapitaleigner über ihr Eigentum ein, die doch das Verlustrisiko zu tragen hätten. In den Kapitalgesellschaften fallen Eigentümer- und Unternehmerfunktion auseinander. Den Aktionären steht das Management gegenüber. Aus dem Eigentum könne, wie *Duvernell* erläuterte, nur eine Herrschaft über Sachen, nicht aber über Personen abgeleitet werden. Das Produktionsergebnis resultiere aus dem kombinierenden Einsatz von Arbeit und Kapital, deshalb müßten Arbeitnehmer und Kapitaleigner an den Unternehmensentscheidungen beteiligt werden. Auch die Arbeitnehmer trügen ein erhebliches Risiko, nämlich das des Arbeitsplatzverlustes.

Am Vormittag des zweiten Tages setzte sich *Harald Koch* mit der Frage auseinander, ob sich die qualifizierte Mitbestimmung in der Ruhrkrise bewährt habe. Koch, einer der bedeutendsten Praktiker der Mitbestimmung, beantwortete die Frage mit einem eindeutigen Ja. Die Strukturveränderungen an der Ruhr, Zechenstillegungen und Rationalisierungen in der Stahlindustrie hätten nach Kochs Ansicht zu Streiks geführt, wenn nicht auf Grund der Initiative mitbestimmender Arbeitnehmer umfangreiche Sozialpläne entwickelt worden wären. Die Mitbestimmung dürfe jedoch nicht überfordert werden: Sie könne weder Energie-, noch Strukturpolitik ersetzen. Mitbestimmungsziele auf eine Kontrolle sich immer mehr konzentrierender wirtschaftlicher Macht und auf eine weitere gesellschaftliche Integration der Arbeitnehmer ab. Die Vorstände, die die Unternehmen leiteten, sollten sich auf das Vertrauen von Arbeitgebern und Belegschaft stützen. Deshalb müßten auch die Arbeitnehmer über die Aufsichtsräte an der Berufung der Vorstände mitwirken.

Arbeitgebervertreter versuchten in Loccum immer wieder, die Vorstellung zu suggerieren, Mitbestimmung gebe es auch nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Das ist eine Ideologie, die es zu entlarven gilt. Wie kann man wirklich mitbestimmen, wenn man in jedem Fall überstimmt werden kann, obwohl man die besseren Argumente auf seiner Seite hat?

Direktor *Grundler* von der Rosenthal AG unterbreitete den Vorschlag, Mitbestimmung durch eine Politik der Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer zu ersetzen. Jedoch erkennt *Grundler* die Situation: Die Forderung kann nicht lauten „Mitbestimmung oder Vermögensbeteiligung“, sondern „Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung“, denn Mitbestim-

mung richtet sich auf den Wirtschaftsvollzug, Vermögensbeteiligung auf das Wirtschaftsergebnis. Zudem ist das Vermögen, das sich nach den meisten dargebotenen Plänen in Arbeitnehmerhand bildet, so gering, daß es zum Kauf dauerhafter Konsumgüter verwandt wird. Echte Vermögensbildung beginnt erst dort, wo der Arbeitnehmer in die Lage versetzt wird, angesammeltes Vermögen produktiv zu verwenden.

*Dieter Fertsch-Röver*, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, stellte die Behauptung auf, ausländische Gewerkschaften seien an der Mitbestimmung nicht interessiert. Ferner behauptete er, die Ausdehnung des Modells der Montanmitbestimmung auf die gesamte Großindustrie der Bundesrepublik werde zu einer Kapitalflucht führen. Diese These erweist sich jedoch bei näherer Analyse als Scheinargument, daß die Kapitaleigner aus taktischen Erwägungen ins Spiel bringen.

Am Nachmittag des dritten Tages erläuterte *Fritz Vilmar* ein umfassendes Programm der Mitbestimmung: Am Arbeitsplatz, im Betrieb, in der Unternehmensleitung, den überbetrieblichen Organen der Wirtschaft und der „Konzertierten Aktion.“ Die Aussprache dauerte bis zum späten Abend.

In der abschließenden Podiumsdiskussion des nächsten Morgens wandten sich *Wilhelm Gefeller*, Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik, und *Friedhelm Fahrtnann*, Mitbestimmungsexperte des DGB, gegen den Einwand, eine Erweiterung der Mitbestimmung führe zum Gewerkschaftsstaat. Die Gewerkschaften als Organisationen mit vorbildlicher demokratischer Tradition wollten die Mitbestimmung nicht als Machtinstrument mißbrauchen. Mitbestimmung diene als Stabilisierungselement im Wirtschaftsleben.

Die Frage nach dem Gewerkschaftsstaat kehrte ein Tagungsteilnehmer um: Führt eine Verhinderung der paritätischen Mitbestimmung zur Erhaltung eines unternehmerbestimmten Staates? Eines Staates, in dem eine kleine Bevölkerungsgruppe, da sie Produktivvermögen besitzt, im wesentlichen in der Wirtschaft allein den Ton angibt? Die auf dem Podium sitzenden Vertreter der Arbeitgeberverbände umgingen sorgfältig die Beantwortung dieser Frage.

Fazit der Tagung: Daß das Votum für oder gegen eine paritätische Mitbestimmung eine politische Entscheidung ist, dürfte vielen Teilnehmern verborgen geblieben sein. Die Demokratie sollte aber nicht am Werkstor enden. Wer verlangt, die Arbeitnehmer sollten mitverantwortliche Staatsbürger sein, darf sich nicht gegen eine Mitbestimmung im wichtigen Bereich des Wirtschafts- und Arbeitslebens sperren.

*Wolf gang H. Glöckner*